

Mengerskirchen und Investor einigen sich

Anderes wäre nicht zu verantworten

Das „TAGEBLATT“ berichtete In den Ausgaben vom 24. und 29. November über den Beschluss des Mengerskirchener Gemeindeparlaments, gegen die Errichtung eines Windparks auf dem Knoten (auf Greifensteiner und Driedorfer Gebiet) nicht weiter juristisch vorzugehen. Dass der Windpark-Investor im Gegenzug die Gerichtskosten der Gemeinde übernimmt, die Mengerskirchen im Zusammenhang mit juristischen Aktivitäten der Kommunen Greifenstein und Driedorf entstanden sind, bezeichnete die FWG als Entscheidung mit „Geschmäcke“.

Die Mitglieder des Gemeindevorstandes haben geschworen, dem Wohle der Gemeinde Mengerskirchen zu dienen und die demokratische Rechtsordnung anzuerkennen. Aus dieser Verpflichtung heraus waren in der Sache Windkraft keine anderen Entscheidungen möglich.

Die Klage gegen den Standort am Knoten wurde eingereicht, da dort kein Vorranggebiet für Windkraftanlagen ausgewiesen war. Somit durften nach der Rechtslage des Bebauungsplanes dort auch keine Windkraftanlagen gebaut werden. Dass ein Plan, der noch nicht einmal in Kraft getreten ist, geändert wird, ist einmalig in unserem Rechtsstaat. Leider hat der Verwaltungsgerichtshof gar nichts geprüft. Nach seiner Meinung hatte Mengerskirchen kein Klagerecht. Kein Bürger, keine Bürgerinitiative, kein Naturschutzbund, kein Skiclub hat unsere Klage unterstützt. Daher konnte das Gericht den bequemsten Weg gehen und die Klage abweisen.

Wir mussten nun mehr übel als wohl zu Kenntnis nehmen:

Das Gericht hat entschieden. Und Gerichtsentscheidungen hat auch die Politik zu akzeptieren. Die Gemeinde hatte juristisch wegen fehlender Unterstützung durch Bürger und Verbände null Chancen, die Windkraftanlagen am Knoten zu verhindern. Jedes weitere juristische Vorgehen wäre pure Geldvernichtung gewesen.

Und nun zu der Entscheidung mit „Geschmäcke“: Hätten wir, nachdem uns klar war, wir müssen die Klage zurückziehen, das Angebot der Gegenseite nicht angenommen, wären die Kosten bei der Gemeinde geblieben. Für den Gemeindevorstand sind 8000 Euro aber keine Peanuts, denn dies ist nicht unser Geld, sondern Geld der Bürger. Eine andere Entscheidung hätte ich nicht verantworten können. Ich bin froh, dass die Gemeindevertretung der Vorlage des Gemeindevorstandes gefolgt ist.

Vielleicht sollten alle Kritiker einmal darüber nachdenken, warum die Gemeinde Mengerskirchen eine der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldungen aller hessischen Gemeinden hat und auch 2011 den Haushalt wieder ausgleichen kann. Es gibt zwei Wege zum Wohlstand. Viel einzunehmen oder wenig auszugeben. Beides zu tun, ist aber der beste Weg.

Helmut Meyer (CDU),

Erster Beigeordneter der Gemeinde Mengerskirchen